

SCHULEN IN BERLIN

19.06.2016, 07:00

Berlin will stärker gegen Gewalt an Schulen vorgehen



Zwei Schüler prügeln sich auf dem Schulhof

Foto: dpa Picture-Alliance /
Oliver Berg / picture-alliance/
dpa

Von Ulrich Kraetzer

Mobbing und Beleidigungen sollen künftig wieder meldepflichtig werden. Alle Schulen müssen eine Hausordnung entwickeln und durchsetzen.

Mehr Prävention, schärfere Meldepflichten, bessere Fortbildungen für Lehrer und Selbstverpflichtungen der Schülerschaft: Vor dem Hintergrund einer gestiegenen Zahl von Körperverletzungen, Bedrohungen und Mobbing wollen SPD und CDU konsequenter gegen Gewalt an Schulen

vorgehen.

Die Koalitionsfraktionen wollen die Schulverwaltung des Senats deswegen im Abgeordnetenhaus am kommenden Donnerstag per Beschluss verpflichten, ein "Berliner Programm gegen Gewalt an Schulen" mit detailliert aufgelisteten Maßnahmen zu erarbeiten. Laut Antrag sollen die Schüler so gegen undemokratische, menschenverachtende und gewaltorientierte Verhaltensweisen sensibilisiert werden. Ziel sei eine "Verbesserung des Schulklimas".



Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD)
Foto: Marion Hunger

Zu den Kernforderungen des Zehn-Punkte-Plans gehört, dass die Schulen verpflichtet werden sollen, eine "Hausordnung" zu erarbeiten, deren Regeln die Schulen konsequent durchsetzen sollen. Eltern und Schüler sollen an der Erarbeitung dieser Regeln beteiligt werden und die Hausordnung zu Beginn des

Schuljahres unterschreiben. Einige Schulen haben solche Hausordnungen bereits entwickelt, eine Pflicht dazu gibt es bisher aber nicht.

>> Kommentar: Kein Grund zum Ausruhen

Für Diskussionen unter den Schulen dürfte die Forderung einer verschärften Meldepflicht sorgen. So sollen Schulen künftig verpflichtet sein, auch Beleidigungen oder Drohungen, leichte Tötlichkeiten und Fälle von Mobbing zu melden. Bisher müssen sie den zuständigen Ämtern nur Vorfälle der sogenannten "Gefährdungsgrade" II und III anzeigen. Dazu zählen Fälle schwerer körperlicher Gewalt, Drogenhandel, sexuelle Übergriffe, Vandalismus, Waffenbesitz oder verfassungsfeindliche Äußerungen.

Verwaltung soll Zahlen zu Gewalttaten veröffentlichen

Diese eingeschränkte Meldepflicht halten die Autoren des Antrages für unzureichend. "Auch Mobbing, Beleidigungen, Abzocke und Geburtstags schläge kommen im Schulalltag zu häufig vor", sagte der SPD-Abgeordnete Joschka Langenbrinck, der den Vorstoß initiiert hatte. Die Dunkelziffer sei angesichts der Freiwilligkeit der Meldungen hoch. Um helfen zu können, brauche man aber ein realistisches Bild. Die Schulverwaltung soll Meldungen über Gewaltvorfälle aller Schweregrade zudem jährlich veröffentlichen. Bisher nennt die Behörde Zahlen nur auf Anfrage.

Weitere Forderungen beinhalten mehr Prävention und mehr Anti-Gewalt-Training. Schüler sollen zu Konfliktlotsen ausgebildet werden. Lehrer, Erzieher, Schüler und Elternvertreter sollen präventive Maßnahmen mit Polizisten und anderen Partnern in einer "Koordinierungsrunde Konfliktbearbeitung" planen.

Hintergrund der Pläne sind die in den vergangenen Jahren deutlichen Steigerungen bei den gemeldeten Gewalttaten. So war im Schuljahr 2014/15 mit 2475 Vorfällen ein Rekordwert erreicht, der um 15 Prozent höher lag als im Schuljahr zuvor. Langenbrinck bezeichnete die Steigerung als "Alarmsignal". Das neue Programm solle helfen, die Prävention zu verbessern. "Wir erwarten, dass hierbei alle an einem Strang ziehen: Lehrer, Schulleitungen, Sozialarbeiter, Erzieherinnen, Eltern, Behörden und Kooperationspartner", sagte Langenbrinck. Schulsenatorin Sandra Scheeres reagierte positiv auf den Vorstoß. "Die Zielvorgaben dieses Programms teilen wir", sagte die SPD-Politikerin der Morgenpost. Die Forderungen würden die Anstrengungen ihrer Verwaltung unterstützen. Skepsis verlautete aus Kreisen der Behörde dagegen zu dem Vorschlag, dass die Schulen auch minderschwere Vorfälle wie Beleidigungen oder Mobbing verpflichtend melden sollen. Angesichts fließender Grenzen zu einem normalen Schülerverhalten sei dies möglicherweise kaum praktikabel und wenig nutzbringend.

Für die Schulen gibt es bereits Notfallpläne

Die Bildungsverwaltung verwies zudem darauf, bereits jetzt viel gegen Gewalt an Schulen zu unternehmen. So gebe es seit dem Schuljahr

2003/04 in jedem Bezirk mindestens einen Schulpsychologen. Seit 2013/14 habe man für Präventionsanstrengungen in jedem Bezirk zudem je einen Koordinator eingesetzt. Als Hilfe in Krisensituationen könnten die Schulen auf spezielle Notfallpläne zurückgreifen, hieß es in der Verwaltung. Der Bildungsausschuss hat den Zehn-Punkte-Plan bereits abgesegnet, auch die Zustimmung im Abgeordnetenhaus gilt als sicher. Die Umsetzung der Maßnahmen obliegt danach der Schulverwaltung, die die Schulen entsprechend instruieren müsste. Bis Ende August muss die Behörde den Abgeordneten Bericht erstatten.